

**Bonn**

PROF. DR. BERNHARD VOGEL  
 EHRENVORSITZENDER DER KONRAD-  
 ADENAUER-STIFTUNG  
 MINISTERPRÄSIDENT A.D.

## Die Kirchen vor und nach der Wende

4. März 2010

[www.kas.de](http://www.kas.de)

5. KOLLOQUIUM IM COLLEGIUM JOSEPHINUM

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herzlichen Dank dem Collegium Josephinum und der Katholischen Deutschen Burschenschaft Sigfridia zu Bonn für die Einladung und die Gelegenheit, zu Ihnen sprechen und mit Ihnen diskutieren zu können.

Dem Collegium Josephinum ist dafür zu danken, dass Sie Ihr 5. Kolloquium zum Anlass nehmen, an ein entscheidendes Kapitel der friedlichen Revolution und der Wiedervereinigung unseres Landes zu erinnern: An die Rolle der Kirchen und der Christen in der DDR vor, während und nach dem November 1989.

Ohne die Christen wäre die Geschichte der friedlichen Revolution so nicht verlaufen. Die Geschichte der DDR, die Gesichte der Wiedervereinigung hat viele Facetten – das Kapitel, das Sie heute Abend zum Thema machen, spielt dabei eine besonders bedeutsame Rolle.

Viele von Ihnen haben die Geschehnisse vor zwanzig Jahren nicht selbst erlebt, umso wichtiger ist es, Sie Ihnen zu vermitteln. Golo Mann hat Recht: „Wer die Vergangenheit nicht kennt, wird die Zukunft nicht in den Griff bekommen.“

„Opium des Volkes“ nannte Karl Marx die Religion, für Lenin war sie „Opium für das Volk“. Glaube und Religion galten nach der Lehre des Marxismus-Leninismus als „unwissenschaftlich“ und wurden strikt abgelehnt.

Weil Sie in diametralem Gegensatz zur herrschenden Ideologie standen, wurden die Kirchen durch die SED-Führung bekämpft. Sie galten als Vorposten des kapitalistischen Feindes im eigenen Land und als letzte Bastionen des zu überwindenden bürgerlichen Gesellschaftssystems. Für den früheren Staats- und Parteichef Ulbricht waren sie nichts anderes als „kapitalistische Verdummungsanstalten“.

Atheismus und Klassenkampf waren die Grundlagen für den Kampf der SED-Staatsführung gegen die Kirchen. Die SED beanspruchte das Monopol ihrer Weltanschauung auch und ganz besonders im Erziehungswesen. Ein christlich motivierter Bildungsanspruch von Religion und Kirche, ja auch von den Eltern, wurde abgelehnt und bekämpft.

Zwar sicherte die Verfassung der DDR jedem Bürger in Artikel 39 das Recht zu, „sich zu einem religiösen Glauben zu bekennen und religiöse Handlungen auszuüben.“ Die Kirchen hieß es, „ordnen ihre Angelegenheiten und üben ihre Tätigkeit aus in Übereinstimmung mit der Verfassung und den gesetzlichen Bestimmungen [...]“. Aber die Verfassung war nur ein Stück Papier.

Tatsächlich aber lebten die Kirchen und die Christen in der DDR in ständiger Rechtsunsicherheit. Möglichkeiten, ihr Recht einzuklagen, gab es nicht. In der DDR existierte kein unabhängiges Verfassungsgericht, keine Verwaltungsgerichte, auch die Justiz war abhängig von der SED.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Bonn

PROF. DR. BERNHARD VOGEL  
EHRENVORSITZENDER DER KONRAD-  
ADENAUER-STIFTUNG  
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

4. März 2010

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Die Kirchen in der DDR sahen sich im Alltag zahlreichen kirchenfeindlichen Maßnahmen ausgesetzt: antikirchliche Pressekampagnen, Ausschlüsse von christlich engagierten Schülern und Studenten vom Unterricht, Werbung für den Kirchenaustritt, Oberservierungen durch die Staatssicherheit und Durchsuchungen kirchlicher Räume und Verhaftungen waren an der Tagesordnung. Vor allem sollte der kirchliche Einfluss auf Kinder und Jugendliche zurückgedrängt werden, Religion sollte im Leben der Menschen keine Rolle mehr spielen. Die Mitgliedschaft in der FDJ und die Jugendweihe als atheistische Feier wurden zur Regel. Wer nicht teilnahm, isolierte sich, schloss sich aus der Gemeinschaft aus. Ich habe Ähnliches in der ganz anders gearteten totalitären Diktatur des Nationalsozialismus selbst erlebt, was es heißt, wenn man am Montag in der Klasse der Einzige ist, der das Wochenende nicht mit seinen Kameraden von der Hitlerjugend verbracht hat.

Kirche und Staat standen sich auf Distanz gegenüber. Der Staat wollte mit den Kirchen nichts zu tun haben. Anders als in der Bundesrepublik, gab es keine freundliche Partnerschaft, anders als in Frankreich, herrschte kein nichtkirchenfeindlicher Laizismus. Die Situation der beiden christlichen Kirchen war unterschiedlich.

Die evangelische Kirche stellte für die SED-Staatsführung einen Faktor dar, der nicht übersehen werden konnte. Und die evangelische Kirche ihrerseits, war durchaus auf beschränkte Kontakte zur Staatsführung bedacht, musste um ihres Überlebenswillen auf Kontakte bedacht sein. Propst Werneburg wird dazu gleich sicher Näheres sagen.

Die Katholiken dagegen – von Beginn der DDR an nur eine sehr kleine Schar, durch die zugewanderten Verbliebenen ein wenig verstärkt – mieden, soweit nur möglich, jede Verbindung, distanzieren sich, wo immer möglich, und zogen sich in den Binnerraum der Kirche zurück, schlossen sich ab. Prägend war die Persönlichkeit des Berliner Kardinals Bengsch, dessen vorrangiges Ziel die innere und äußere Geschlossenheit der katholischen Kirche über die innerdeutsche Grenze hinweg war.

Als ich Jahre vor der friedlichen Revolution nach einem Gottesdienst vor einer Kirche im Eichsfeld einem Gespräch mit einer Gruppe junger Männer ausweichen wollte, um ihnen nicht zu schaden, meinte einer von ihnen: „Sie können ruhig bleiben, wir gelten in Berlin ohnehin als Verrückte.“

Die evangelische Kirche versuchte Kirche im Sozialismus zu sein. Niemand wusste ja, wie lange er über den Osten Europas herrschen würde. Auch Papst Paul VI. war überzeugt, der Sozialismus in Osteuropa werde noch hundert Jahre existieren. Der Gläubigen wegen und um ihre Lebensbedingungen in den osteuropäischen Ländern zu erleichtern, suchte er den Kontakt mit den Herrschenden. Eine eigene DDR-Bischofskonferenz, eine Neuordnung der Bistumsgrenzen, ja sogar die Entsendung eines Nuntius nach Ost-Berlin, standen zur Debatte. Wir deutsche Katholiken im Osten, wie im Westen, Kardinäle, Bischöfe und Laien – ich war zu jener Zeit Präsident des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken – liefen Sturm und haben vielleicht den Prozess ein wenig aufgehalten. Aber nicht wir, Johannes Paul II. setzte diesen Überlegungen ein Ende. Er, aus Polen kommend, war von Anfang an überzeugt, dass der Kommunismus sehr rasch zu Ende kommen werde. Er wurde zum „Türöffner der Freiheit“ (Helmut Kohl).

Die unzähligen Versuche seitens des Staates, der SED-Führung und der Sicherheitsorgane, einen Keil in die Kirchen zu treiben oder sie zu instrumentalisieren, blieben weitgehend erfolglos. Auch die ideologische Vereinnahmung der Kirchen sollte nicht gelingen. Der Zusammenhalt innerhalb der Kirchen erwies sich als stärker.

Dennoch blieben die zahllosen kirchen- und religionsfeindlichen Aktivitäten des SED-Regimes für die Kirchen nicht ohne Folgen, blieben vierzig Jahre Sozialismus für die Christen in der DDR nicht ohne Folgen. Ein Sturm der Entchristlichung ist durch den Osten Deutschlands gefegt. Der Anteil der religiös gebundenen Bevölkerung sank von ursprünglich 95 Prozent im Jahr 1950 auf etwa 30 Prozent 1989.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Bonn

PROF. DR. BERNHARD VOGEL  
EHRENVORSITZENDER DER KONRAD-  
ADENAUER-STIFTUNG  
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

4. März 2010

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Ich bin mir sehr sicher, hätte der Sturm der Entchristlichung mit gleicher Heftigkeit durch Westdeutschland gefegt, wären hier wohl nicht weniger Blätter von den Bäumen gefallen. Im Westen Deutschlands war es förderlich, am Sonntag auf dem Weg zur Kirche gesehen zu werden. Im Osten bedeutete das, unter Umständen, den Studienplatz des Sohnes oder der Tochter in Gefahr zu bringen.

Im Westen gehörte es jahrzehntelang zum guten Ton, am Sonntag in die Kirche zu gehen, im Osten war es ein Zeichen des Widerstandes, zumindest der deutlichen Distanz. Die entstandenen Schäden sind nicht wieder gut zu machen. Wenn schon die Großeltern nicht mehr der Kirche angehören, kann man nicht erwarten, dass die Enkel getauft werden.

Als Christ in der DDR sah man sich in vielen Bereichen des Lebens Benachteiligungen ausgesetzt, berufliches Fortkommen war meist nur durch Anpassung möglich. Viele lebten mit dem Widerspruch zwischen einer gesellschaftlich ausgegrenzten christlichen Existenz einerseits und andererseits der Notwendigkeit, sich gesellschaftlich zu engagieren, wollte man nicht beruflich, sozial oder wirtschaftlich gänzlich ins Abseits geraten.

Die Kirchen blieben „Fremdkörper“ in der sozialistischen Gesellschaft. Nur im Bereich von Diakonie und Caritas traten sie öffentlich in Erscheinung, um für alle Menschen des Landes wirken zu können. Dem staatlichen Bildungsmonopol setzte man vielfältige Angebote entgegen, die über die reine Vermittlung theologischer Inhalte hinausgingen. Da der Religionsunterricht seit Beginn der 1950er Jahre aus den Schulen verbannt worden war, nutzte man den verbliebenen Freiraum in den Gemeinden zur religiösen Erziehung der Kinder. Allerdings aus dem Schulunterricht war nicht nur das Fach Religion verbannt, auch in allen anderen Unterrichtsfächern – vom Schulfach Marxismus-Leninismus ganz zu schweigen – fehlte es an der Vermittlung abendländisch-christlicher Kenntnisse und Wertvorstellungen.

Die Kirchen versuchten alles, um die Gläubigen in der atheistischen Gesellschaft zu schützen und zu stärken – und Freiräume von der herrschenden Ideologie zu schaffen. Trotz aller Unterdrückungsversuche waren die Kirchen die einzigen ideologiefreien Räume innerhalb der sozialistischen Gesellschaft der DDR.

Trotz allem boten die Kirchen Gläubigen wie Nichtgläubenden Raum, in den von der Staatsmacht nicht ohne weiteres eingegriffen werden konnte. Sie öffneten früh ihre Tore – lange bevor das Brandenburg Tor sich öffnete. Sie boten denen Schutz, die Veränderungen in ihrem Land anstrebten und über andere Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens nachdachten, die Reformen in der DDR wollten. Seit den 80er Jahren haben sich in der DDR Menschen in den Kirchen versammelt, die Verantwortung übernehmen wollten. Ihre Gewissen waren geschärft durch den konziliaren Prozess und die ökumenischen Versammlungen.

Als schließlich 1988 Fürbittenandachten für in Berlin verhaftete Oppositionelle abgehalten wurden, kamen hunderte. Der Unmut der Bevölkerung wuchs. Am 9. Oktober 1989 fassten die Kirchen die Menschen nicht mehr und sie drängten hinaus auf die Straßen. Im Anschluss an die Gebete zogen 70.000 Menschen durch Leipzig. Die Menschen strömten zu Friedensgebeten, die schließlich zu Demonstrationen gegen das sozialistische Herrschaftssystem wurden, zusammen.

Die Staatsmacht wich zurück. Ein Aspekt, der häufig zu wenig beachtet wird und der nicht selbstverständlich war – und ohne Glasnost und Perestroika, ohne Gorbatschow auch nicht selbstverständlich gewesen wäre. Erich Loest beschreibt es in seinem Roman „Nikolaikirche“: Drei Stasioffiziere sprechen über die Ereignisse und einer sagt zu den anderen: „Auf alles waren wir vorbereitet. Nur nicht auf Kerzen und Gebete.“

In der ganzen DDR waren Christen maßgeblich an den revolutionären Veränderungen beteiligt. An den Runden Tischen in vielen Städten der DDR und beim zentralen Run-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Bonn

PROF. DR. BERNHARD VOGEL  
EHRENVORSITZENDER DER KONRAD-  
ADENAUER-STIFTUNG  
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

4. März 2010

[www.kas.de](http://www.kas.de)

den Tisch in Berlin wirkten Geistliche beider Kirchen als Moderatoren. Ich erinnere an den „Brief aus Weimar“ vom September 1989, das erste Aufbegehren mutiger Mitglieder der Block-CDU, verfasst in der Küche des Pfarrhauses von Ramsla. Die Pfarrerin Christine Lieberknecht – heute Ministerpräsidentin von Thüringen – und drei weitere Mitarbeiter der evangelischen Kirche, die der Ost-CDU angehörten, forderten Offenheit und Mut zur Wahrheit. Sie verlangten: „Allen Tendenzen zu wehren, gesellschaftliche Probleme zu beschönigen oder zu verdrängen und zu tabuisieren, um Untätigsein zu rechtfertigen.“

Die Forderung nach innerparteilicher Demokratie, die Absage an das Prinzip des sozialistischen Zentralismus, das Plädoyer für offene Diskussion, die Forderung nach freier öffentlicher Meinungsbildung und freier Presse, nach Beendigung der totalen Überwachung und nach Abbau der Informationsbarrieren, nach freien Wahlen – ein mutiger Vorstoß für Reformen in der DDR. „Wir sind das Volk“, so erschallte bald darauf der Ruf durch die Straßen. Von Wiedervereinigung sprach noch niemand, an sie wagte noch niemand zu denken.

Die Kirchen wurden zum Sammelpunkt der Bürgerrechtsbewegung. Die DDR brach wie ein Kartenhaus in sich zusammen. Es waren Deutsche, die das vollbracht haben – ohne Gewalt, mit Angst im Herzen, Kerzen in den Händen und Gebeten auf den Lippen. „Wir sind ein Volk“, so der Ruf dann nach dem 9. November. Elf Monate später, am 3. Oktober 1990 sollte Deutschland in Frieden und Freiheit, mit Zustimmung aller seiner Nachbarn wieder vereinigt sein.

An der friedlichen Revolution von 1989 haben die Kirchen und die Christen in der DDR einen bedeutsamen Anteil. Viele von ihnen haben sich beim Aufbau demokratischer Strukturen in den Monaten und Jahren nach der friedlichen Revolution vorbildlich engagiert. Der Anteil von Christen, die bereit waren, Aufgaben und Pflichten – unvorbereitet und aus dem Stand heraus – zu übernehmen, war bemerkenswert. Bis heute ist ihr Anteil in den Landtagsfraktionen und in den Kabinetten der jungen Länder weit höher als

ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung. Dass heute auch die Unsitte dazugehört, das von unberufener Seite nachgerechnet wird, wie viele Katholiken oder wie viele Protestanten einer Regierung angehören, muss man in Kauf nehmen.

Für beide Kirchen bedeutete die friedliche Revolution Befreiung von Unterdrückung. Sie fanden sich über Nacht in gänzlich veränderten und ungewohnten Verhältnissen wieder. Auch sie mussten sich, wie viele Menschen in der DDR, erst zurechtfinden.

Nach dem Beitritt der fünf wiedererstandenen Länder zur Bundesrepublik mussten natürlich auch die Beziehungen zwischen Kirche und Staat neu geregelt werden. In Thüringen, wo ich im Februar 1992 zum Ministerpräsidenten gewählt worden war, beschloss das Kabinett am 7. April 1992, den Religionsgemeinschaften den Abschluss von Staats-Kirchen-Verträgen anzubieten. Am 9. April begannen die Gespräche mit den vier evangelischen Kirchen und den katholischen bischöflichen Ämtern von Erfurt-Meiningen und Magdeburg und dem Bistum Dresden-Meißen und die Vorbereitung einer Vereinbarung mit der jüdischen Landesgemeinde. Ich bin noch heute stolz darauf, dass sie als erste abgeschlossen werden konnte.

Die Verhandlungen mit der Katholischen Kirche zogen sich allerdings fast bis zum Ende meiner Amtszeit – über elf Jahre – hin. Der Vertrag mit den evangelischen Kirchen wurde sehr zügig, schon im März 1994 in Thüringen abgeschlossen. Der Abschluss der drei Verträge mit dem Heiligen Stuhl dauerte etwas länger. Über die Errichtung des Bistums Erfurt (14.6.94), über die grundsätzlichen Beziehungen zwischen Kirche und Staat, den Religionsunterricht an den öffentlichen Schulen, auch die Finanzleistungen des Staates an die Kirchen 1997 und schließlich den Vertrag zur Integration des bisherigen philosophisch-theologischen Studiums in Erfurt als katholische theologische Fakultät in die neugegründete Universität Erfurt im November 2002. Es gelang, das Staats-Kirchen-Verhältnis damit auf eine neue, verlässliche und partnerschaftliche Grundlage zu stellen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Bonn

PROF. DR. BERNHARD VOGEL  
EHRENVORSITZENDER DER KONRAD-  
ADENAUER-STIFTUNG  
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

4. März 2010

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Es lohnt sich, darüber nachzudenken, was sich in den letzten zwanzig Jahren in den jungen Ländern alles verändert hat, was die Menschen bewirkt haben. Vieles ist wieder aufgebaut worden, die Innenstädte sind nicht wieder zu erkennen, ihre historischen Bauten, die zu zerfallen drohten, darunter viele Kirchen, erstrahlen in neuem Glanz. Die Wiedererrichtung der Dresdner Frauenkirche ist dafür zu einem Symbol geworden, das weit über Deutschland hinaus Beachtung gefunden hat. Auf dem Land bemühen sich Menschen, ihre Dorfkirchen zu restaurieren, oft auch ohne religiösen Bezug, nur aus dem Bedürfnis heraus, der Dorfgemeinschaft einen Mittelpunkt zu geben.

Trotz dieser Erfolge, gilt es zu bedenken: Das wiedervereinigte Deutschland ist weder protestantischer noch katholischer, sondern religionsloser geworden. In unserer heutigen gesamtdeutschen Gesellschaft leben immer mehr Menschen, die keinen oder einen anderen Glauben als wir haben. Es gibt viele, für die Religion keine oder kaum mehr eine Rolle spielt. Im Westen bekennen sich zwei Drittel und in den jungen Ländern nur ein Drittel der Bevölkerung zum Christentum.

Trotz der Schwäche unserer christlichen Kirchen: Es gibt eine Sehnsucht nach Halt in haltloser und unübersichtlicher Zeit. Bücher über Werte und Religion führen die Bestsellerlisten an, Kirchentage finden eine hohe Aufmerksamkeit. Eine Umfrage, die die Konrad-Adenauer-Stiftung in Auftrag gegeben hat, kommt nicht nur zu dem Schluss, dass die Kirchen in ihren Kernaufgaben – Verkündigung, Seelsorge und Caritas – weit überwiegend ein hohes Ansehen genießen. Die Menschen wünschen sich in der Mehrheit christliche Werte in der Politik. Unabhängig vom Alter oder Geschlecht, in allen Bevölkerungsschichten gibt es mehrheitlich die Erwartung, dass die Kirchen am öffentlichen Leben teilnehmen.

Wir leben in einer Gesellschaft, in der der Wunsch nach geistiger Orientierung zunimmt, obwohl sich immer weniger Menschen zum Christentum bekennen und es in Vergessenheit gerät, dass unsere Gesellschaft auf Werten aufbaut, die ohne unsere

europäische Geschichte, ohne Antike, ohne Judentum, ohne Christentum, ohne Aufklärung nicht denkbar wären. Wir Christen sollten es nicht bedauern, sondern begrüßen, dass über das „C“ gestritten wird.

Die Welt kann verändert werden und Christen haben den Auftrag, sie verantwortungsvoll zu gestalten.

Tatenlosigkeit erlaubt christliche Verantwortung nicht. Wo die Welt im Argen liegt, ist standhafte Bewährung, nicht passive Hinnahme gefordert. „Überlasst die Gestaltung der Zukunft nicht nur den anderen, sondern bringt euch selbst mit Phantasie und Überzeugungskraft in die Debatten der Gegenwart ein!“ (Benedikt XVI.)

Unsere Landsleute im Osten Deutschlands, die Kirchen und die Christen, haben uns dafür ein großartiges Beispiel gegeben, das weiter wirken sollte. Wechselseitige Dankbarkeit ist angebracht. Dem Osten für den Mut zur Revolution, dem Westen für seine Hilfsbereitschaft. Unser Vaterland ist wieder eins, in Einigkeit und Recht und Freiheit, dank der Kirchen und dem mutigen Vorangehen zahlloser Christen.